

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0111/2022/AN

Antragsteller: Grüne
Antragsdatum: 23.11.2022

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Erstellung einer Verordnung für gebündelten
Bedarfsverkehr und Gelegenheitsverkehr mit Mietwagen**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	15.12.2022	Ö		
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	01.03.2023	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	08.03.2023	Ö		
Gemeinderat	23.03.2023	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0111/2022/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister Dr. Eckart Würzner
per E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Anja Gernand, stellv. Fraktionsvorsitzende
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Dr. Ursula Röper, stellv. Fraktionsvorsitzende

Rahel Amler, Dr. Marilena Geugjes, Felix Grädler,
Sahin Karaaslan, Dr. Dorothea Kaufmann,
Dr. Nicolá Lutzmann, Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg,
Kathrin Rabus, Julian Sanwald, Anita Schwitzer,
Manuel Steinbrenner, Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruen4hd.de

Heidelberg, 23.11.2022

Tagesordnungspunkt Gemeinderat – Erstellung einer Verordnung für gebündelten Bedarfsverkehr und Gelegenheitsverkehr mit Mietwagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Wir bitten die Verwaltung, eine Verordnung aufzustellen, die auch Mindestgebühren "im gebündelten Bedarfsverkehr und im Gelegenheitsverkehr mit Mietwagen" regelt (wie beispielsweise in Leipzig oder Lörrach).

Besonderes Augenmerk soll auf die Einhaltung von marktgerechten Preisen und die Einhaltung der Sozialstandards (Mindestlöhne, Scheinselbständigkeit et cetera) gerichtet werden.

Begründung

Uber hat angekündigt, dass sie in der Region Rhein-Neckar aktiv sein wollen. Generell begrüßen wir die Aktivitäten von Bedarfsverkehren, wie Uber. Da es allerdings für Taxen und ÖPNV genaue Vorgaben und viele gesetzliche Vorschriften und Regelungen gibt, müssen auch für Uber unter anderen zukunftsorientierte Rahmenbedingungen eingerichtet werden, um eine Wettbewerbsverzerrung zu verhindern. Auch die Verkehrsbetriebe sollen eingebunden werden, da sie von den Auswirkungen der Aktivitäten von Uber ebenfalls betroffen sein werden.

gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen